

1230 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Rechtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Juli 1974,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über  
Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen geändert  
wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht eine  
Neufassung der Bestimmungen über Ansprüche, die Wehrpflichtigen  
bei Ableistung freiwilliger Waffenübungen zustehen, vor. Die  
Mindest- und Höchstgrenze für die Ansprüche sollen durch die  
Bindung an einen Gehaltsansatz des Gehaltsgesetzes 1956 neu fest-  
gesetzt werden. Weiters sollen die bisher dem Militärkommando  
Wien nach dem Stammgesetz obliegenden Aufgaben auf ein neu vorge-  
sehenes "Heeresgebührenamt" übergehen.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner  
Sitzung vom 15. Juli 1974 in Verhandlung genommen und einstimmig  
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu  
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit  
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Juli 1974,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Ansprüche  
aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen geändert wird, wird  
kein Einspruch erhoben.

Wien, am 15. Juli 1974

B e d n a r  
Berichterstatter

Dr. R e i c h l  
Obmann